

## Die zehn politischen Ziele der SP Schweiz für 2006

Hans-Jürg Fehr, Nationalrat und Präsident der SP Schweiz

*Es gilt das gesprochene Wort*

1. Wir wollen die Abstimmung über die Volksinitiative „Nationalbankgewinne für die AHV“ gewinnen. Der AHV geht es finanziell zwar viel besser als bürgerliche Schwarzmalerei es wahrhaben will; dennoch braucht die AHV mittelfristig eine neue Einnahmenquelle zur Abfederung des alterungsbedingten Mehrbedarfs. Die Volksinitiative sichert der AHV jährlich eins bis zwei Milliarden Franken zusätzlicher Einnahmen und sorgt damit für längere Zeit für Rentensicherheit. Die Volksinitiative ist der einzige entscheidungsreife Vorschlag zur finanziellen Stabilisierung der AHV, der keinen Leistungsabbau vorsieht und ohne Steuern oder Lohnprozente auskommt.
2. Wir wollen verhindern, dass die Schweiz zu einer rein repressiven Flüchtlingspolitik übergeht. Darum haben wir das Referendum gegen das revidierte Asylgesetz ergriffen und wir wollen die Volksabstimmung darüber gewinnen – zusammen mit einer sehr breiten Koalition des Widerstands. Erstmals wird sich eine asylpolitische Abstimmung nicht mehr um sogenannte Missbräuche drehen, sondern um die humanitäre Tradition der Schweiz.
3. Wir wollen die Volksabstimmung über die Bildungsverfassung gewinnen. Die SP hat den Harmonisierungsprozess im schweizerischen Bildungswesen auf parlamentarischer Ebene ausgelöst und will dafür sorgen, dass dieser Meilenstein auf dem Weg zu einem Bildungsraum Schweiz wirklich gesetzt werden kann. Wir werden die Abstimmung aber auch als Plattform nutzen und die notwendigen weiteren Harmonisierungsschritte thematisieren. Das Bildungswesen in der Schweiz ist in mancherlei Hinsicht nicht mehr gut genug, weil es zu föderalistisch geregelt ist. Dieses Problembewusstsein muss wachsen.
4. Wir rücken den Kampf für Steuergerechtigkeit ins Zentrum unserer politischen Arbeit. Der neu angeheizte Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen zeigt, wie sich die Dinge in der Schweiz in die absolut falsche Richtung entwickeln. Deshalb werden wir am Parteitag im September eine Volksinitiative zur materiellen Steuerharmonisierung lancieren und sie im 2007 einreichen.

5. Unter dem Titel „Steuergerechtigkeit“ wehrt sich die SP aber auch vehement gegen die Pläne des Bundesrates, den Aktionären und den Topverdienern Steuergeschenke zu machen (Unternehmensteuerreform II, Besteuerung von Mitarbeiterbeteiligungen). Sollte das Parlament entscheiden, was der Bundesrat ihm vorschlägt, wird die SP das Referendum ergreifen.
6. Der Bundesrat will die Swisscom privatisieren, das heisst ins Ausland verkaufen. Die SP ist der Auffassung, dass darüber möglichst schnell eine Volksabstimmung durchgeführt werden sollte - ohne Mätzchen und ohne „flankierende Massnahmen“ à la „Volksaktie“. Sie lehnt diese Privatisierung ab, weil sie es nicht zulassen kann, dass ein Herzstück des Service Public in der Schweiz in unbekannte Hände mit unbekanntem Interessen in eine unsichere Zukunft abgegeben werden soll. Es gibt dafür keinen einzigen stichhaltigen Grund. Dagegen gibt es zahlreiche sehr gute Gründe, die Swisscom im Besitz des Bundes zu belassen und damit im Entscheidungsbereich der demokratisch gewählten Behörden.
7. Die grössten Verkehrsprobleme bestehen in den Agglomerationen. Es ist höchste Zeit, ihre Lösung endlich in Angriff zu nehmen. Die verfassungsmässige Grundlage ist mit der NFA geschaffen worden; das Geld für die notwendigsten Investitionen liegt in der übervollen Strassenkasse des Bundes bereit; die dringendsten Projekte sind ausführungsfähig; was fehlt, ist die gesetzliche Grundlage. Die SP wird sich dafür einsetzen, dass diese im Laufe des Jahres 2006 geschaffen wird. Sie unterstützt das Projekt „Infrastrukturfonds“ aber nur, wenn dieses im Sinne des Volkswillens ausgestaltet wird, wie er im Rahmen der Avanti-Abstimmung im Februar 2004 zum Vorschein kam: Der Schwerpunkt der Investitionen muss beim Ausbau des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs liegen.
8. Die SP wird geschlossen für eine schweizweit einheitliche Kinderzulage kämpfen. Es ist dies ein sehr wichtiges Teil in einem ganzen Bündel von Massnahmen zur finanziellen Entlastung der Familien, für die wir uns ebenfalls eingesetzt haben (Halbierung der Kinder-Krankenkassenprämie) und einsetzen werden (Steuergutschriften statt Steuerabzüge).
9. Wir wollen eine ausgewogene Regelung des Elektrizitätsmarktes erreichen, welche einerseits den ökologischen Anforderungen (bessere Energieeffizienzen, Förderung der erneuerbaren einheimischen Energien statt neue AKW) entspricht, andererseits aber auch den Ansprüchen des Service Public genügt (zweistufiges Vorgehen bei der Marktöffnung mit Referendumsmöglichkeit, staatliche Netzgesellschaft).
10. Wir wollen der CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brenn- und Treibstoffen zum Durchbruch verhelfen, weil nur diese der Schweiz ermöglichen, die von ihr eingegangenen Verpflichtungen im Rahmen des international vereinbarten Klimaschutzes (Kyoto-Protokoll) zu erfüllen. Mit den als Alternative angepriesenen Klimarappen I und II lassen sich diese Ziele nicht erreichen. Zudem wird damit das Stimmvolk verschaukelt, hatte man es doch vor wenigen Jahren mit dem Hinweis auf die kommende CO<sub>2</sub>-Abgabe veranlasst, die Volksinitiative „Förderabgabe für erneuerbare Energien“ knapp abzulehnen.